

amtenvertretung, nötigenfalls der Regelung durch den Schlichtungsausschuss, ebenso fähig sind (selbstverständlich nur im Rahmen der übrigen Gesetze, z. B. des Befolgungsgesetzes), wie die entsprechenden Bestandteile des nicht beamteten Arbeitsverhältnisses, und diejenigen Bestandteile des Beamtenverhältnisses andererseits, bei denen die gleichen Bedenken gegen eine kollektive Regelung wie beim gewöhnlichen Arbeitsverhältnis geltend gemacht werden können. Warum sollte die Eisenbahnverwaltung oder die Postverwaltung, aber auch jede sogenannte Hoheitsverwaltung nicht in der Lage sein, sich über die allgemeinen Dienstvorschriften (§ 33 Ziffer 1 des Entwurfs des Gesetzes über Beamtenvertretungen) mit ihrer Beamtenvertretung genau so zu verständigen, wie wir es heute ohnehin überall mit ihrer Betriebsvertretung tun müssen? Warum sollten die Grundsätze für die Regelung von Vertretungen (§ 33 Ziffer 3) nicht ebensogut mit der Beamtenvertretung gemeinsam aufgestellt werden können, wie die Behörde es noch dem Betriebsratsgesetz mit ihrer Betriebsvertretung zu tun gezwungen ist, wenn sie nicht vor den Schlichtungsausschuss geladen werden will?

Über indem der Entwurf des Gesetzes in dem gleichen Paragraphen mit diesen Bestimmungen auch die Mitwirkung an Unfalluntersuchungen nennt, bei denen der Begriff des gleichberechtigten Mitbestimmungsrechts oder gar der nachträglichen Entscheidung eines Schlichtungsausschusses über eine unterlassene Zuziehung zu solcher Untersuchung zu einer Lächerlichkeit wird, indem er ferner andere Maßnahmen der Verwaltung nennt, bei denen es sich um reine Einzelangelegenheiten handelt, nicht um Fragen, die alle Arbeitnehmer der betreffenden Dienststelle in gleicher Weise grundfänglich berühren, gibt er den Gegner der gleichberechtigten Mitbestimmung die beste Waffe in die Hand, um den Beamten das vorzuenthalten, was die Arbeitnehmer bereits besitzen und um zu versuchen, einen Zustand zu verewigen, der bei dem notwendigen Zusammenarbeiten beider Organe der Arbeitnehmerhaft der Betriebe doch nicht aufrechterhalten werden kann. (Dieses Zusammenarbeiten sieht übrigens bereits § 65 B.R.G. vor.) Trennt man in dem Entwurf des Gesetzes über Beamtenvertretungen alle diejenigen Bestandteile, die der kollektiven Regelung ohne weiteres fähig sind, von denen, bei denen man — ähnlich wie im Betriebsratsgesetz etwa bei der Mitwirkung bei der Entlassung, bei der Einstellung — zu prüfen hat, inwieweit das Einzelinteresse durch die Mitwirkung eines Kollektivorgans wirklich gefördert und nicht etwa gehemmt wird (ein bisher noch wenig, auch in der Arbeiterpresse erörtertes, aber praktisch sehr wichtiges Problem), so kommt hinsichtlich der Frage des Mitbestimmungsrechts der Beamtenvertretungen und der Einführung von Schlichtungsinstanzen zu dem Ergebnis einer parallelen Ausgestaltung von Beamtenrecht und sonstigem Arbeitnehmerrecht, ein Ergebnis, das den oft genannten „Arbeitsfrieden“ besser zu sichern vermag als die Aufrechterhaltung einer künstlichen Trennung der beiden in den gleichen Betrieben nebeneinander arbeitenden Kategorien von Beschäftigten. Im übrigen aber ergibt sich aus dieser ganzen Erörterung die dringende Forderung, das Beamtenrecht und das Arbeitsrecht der Arbeiter und Angestellten innerhalb der Reichsressorts an einer Stelle, nämlich im Reichsarbeitsministerium, zu vereinigen. Die heutige Trennung beider Materien ist eine Nachwirkung des alten Hoheitsstaates, die mit der modernen Auffassung der allgemeinen Selbstverwaltung in der Arbeitsverfassung im Widerspruch steht und durch das Neben- und oft Gegeneinanderarbeiten zweier Ressorts mit ihrer ganz verschiedenen geistigen Einstellung zu all den Schwierigkeiten führt, die stets dann aufstauen, wenn grundsätzliche Fragen des Beamtenrechts zur Erörterung stehen. Diese Schwierigkeiten werden sich nur vermehren, wenn erst die Neuregelung des übrigen Beamtenrechts in Angriff genommen wird, die das Beamtenrecht, aus dem Dunkel einer zersplitterten, vollkommen unübersichtlichen Summe von uralten Verordnungen und Gesetzen zur Einheitlichkeit und zur sinngemäßen Anpassung an das allgemeine Arbeitsrecht der Arbeiter und Angestellten zu verhelfen haben wird.

Englische Volkspartei!

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“, der spaltenlang über Dinge orakelt, von denen niemand etwas weiß, kündigt neben anderen mehr oder weniger unwahrscheinlichen Dingen auch neue Verhandlungen über eine Regierungserweiterung an. Er schreibt:

Weiter verlautet, daß von englischer Seite betont worden ist, die Voraussetzung für irgendwelche Abmachungen in finanzieller Hinsicht müsse neben der Beseitigung der inneren Wirtschaftspolitik die Festigung der deutschen Regierung bilden. Damit würde also die Frage der Regierungserweiterung wieder akut werden, und in parlamentarischen Kreisen ist es kein Geheimnis, daß Besprechungen mit der Deutschen Volkspartei und der Demokratie wegen ihres Wiedereintritts in die Koalition unmittelbar bevorstehen. Vorläufig weiß man zwar noch nicht, welche Forderungen vor allem die Deutsche Volkspartei für diesen Fall aufstellen würde.

Der Fall, der hier konstruiert wird, ist der: Eine „englische Seite“ macht ihr Wohlwollen für Deutschland davon abhängig, daß die Deutsche Volkspartei in die Regierung aufgenommen wird. Die dadurch gewonnene Machtposition wird von der Deutschen Volkspartei dazu ausgenutzt, der Regierung und den an der Regierung beteiligten Parteien Bedingungen zu stellen, durch deren Erfüllung ihr Eintritt und damit das Wohlwollen der englischen Seite erkauft werden kann. Die Deutsche Volkspartei würde dann sozusagen auf einem englischen Schiff unter dem Union-Jack in den deutschen Regierungshafen einlaufen.

Wir würden auf diese seltsame Prophezeiung des „Lokal-Anzeigers“ nicht eingegangen sein, wenn uns nicht schon wiederholt die Koalitionsverbreiterung im Reich mit dem Hinweis auf englische Wünsche empfohlen worden wäre. Man kann ein guter internationaler Sozialist sein und dabei doch die Einseitigkeit solcher ausländischer Faktoren in die innerpolitische Rechnung als unangebracht empfinden. Es ist erstaunlich, daß man auf „nationaler“ Seite solche Gefühle nicht kennt oder sie doch zurückstellt, wenn der Drang zur innerpolitischen Intrigue dies erfordert.

Nochmals: Hochverräter Ludendorff.

Auf unsere Feststellung, daß die Beweisaufnahme des Jagow-Prozesses den Generalquartiermeister a. D. Erich Ludendorff als einen Hauptbeteiligten und Hauptschuldigen des Kapp-Putschs entlarvt hat, antwortet die Rechtspresse mit den üblichen Wut- und Verlegenheitsphrasen, natürlich unter sorgfältiger Verschweigung der hier aufgezählten Beweismomente.

Die aufgeregten Herrschaften der „Deutschen Tageszeitung“, „Deutschen Zeitung“ usw. werden wohl selber kaum glauben, daß wir den Artikel „Hochverräter Ludendorff“ gebracht haben, um uns mit ihnen in journalistische Diskussionen einzulassen. Der Artikel ist vielmehr ausschließlich für Herrn General Ludendorff selber gebracht worden. Wir wollten dem Herrn General Gelegenheit geben, in einem gerichtlichen Beweisverfahren, bei dem es sich um seine eigene Person und nicht die anderer Teilnehmer des Kapp-Putschs dreht, seine Rolle in dem ganzen Unternehmen vor der Öffentlichkeit klarzustellen. Zu unserem Bedauern hat nicht ein einziges der gefernden nationalistischen Blätter von sich aus den Wunsch ausgesprochen, daß General Ludendorff etwas Derartiges unternehmen möge. Wir halten allerdings auch die Chancen für nicht sehr groß, nachdem General Ludendorff sowohl bei seinem Zusammenbruch im Oktober 1918 wie bei seinem zweiten Zusammenbruch im März 1920 nicht gerade große Verantwortungsfreudigkeit an den Tag gelegt hat.

Um so schärfer müssen wir feststellen, daß auch der Teil der Beweisaufnahme in Leipzig, der sich nach Erscheinen unseres Artikels abgepielt hat, die Notwendigkeit einer Klarstellung des Ludendorffschen Verhaltens erhöht hat. Der Zeuge Südekum hat unter Eid ausgesagt, daß zu einer Konferenz von entscheidender Bedeutung mit dem General Lüttwih in dem gleichen Auto auch Luden-

dorff fuhr. Dem sonst so arglosen Vorsitzenden Dr. Belargus ist das so sehr aufgefallen, daß er sich die Teilnahme Ludendorffs bei diesem Ereignis noch einmal ausdrücklich durch Rückfrage bestätigen ließ. Der gleiche Zeuge hat unter Eid ausgesagt, daß ihm Ludendorff als Verbündeter der Kapp-Lüttwih erschienen ist. Ob das Gericht die Verurteilung Ludendorffs auch zugelassen hätte, wenn ihm diese Aussage damals bereits bekannt gewesen wäre?

Jedenfalls wird eine Klarstellung dieser Dinge immer notwendiger. Herr Ludendorff hat das Wort...

Herr August Winnig, auf dessen Vernehmung als Zeuge das Reichsgericht am Schlusse der Beweisaufnahme verzichtete, sendet uns aus der Klinik des Professors Braeh einen Brief, aus dem hervorgeht, daß W. sich alle Mühe gegeben hat, vom Reichsgericht vernommen zu werden, um die Beschuldigungen Lauffenbergs und Wolfheims in ihrer Broschüre widerlegen zu können. Der ursprünglichen Ladung zum 9. November habe W. nicht folgen können, da er eben erst eine Operation überstanden hatte; seine Ladung zu einem späteren Termin hat er beantragt, ihr ist aber nicht mehr stattgegeben worden, weil der Oberstaatsanwalt die Angaben Lauffenbergs und Wolfheims bereits durch die Zeugenausgabe Ludendorffs für widerlegt angesehen hat.

Gegen die Eberlein-Zentrale.

Eingewickelt in eselartige Versicherungen, daß die Veröffentlichung der Eberlein-Dokumente der Kommunistischen Partei gar nichts geschadet habe, bringt die „Rote Fahne“ die peinliche Nachricht, daß der Bezirk Hanau-Hellhausen Orb der KPD sich habe „in Verwirrung bringen lassen“. Er fordert nämlich Abkehr der gegenwärtigen Zentrale, Entsagung aller Schulden der Märzaktion aus der Partei, Einberufung eines außerordentlichen Parteitag.

Die „Berührung“ würde nach Ansicht der „Roten Fahne“ „keinerlei Beachtung“ verdienen, wenn nicht die berühmten „einzelnen Genossen“ auch in anderen Teilen der Partei sich fänden, die für diese Anschauung Anhang werben. Die geringe schätzbare Zurückweisung des Hanauer Protestes ist aber auch um deswegen sehr merkwürdig, weil die „Rote Fahne“ den Führern der Märzaktion selber taktische Fehler bescheinigt und sie nur deswegen in Gnade aufnehmen will, weil sie sich jetzt auf einen anderen Boden stellen. Die Begnadigung reuiger Sünder ist ein sehr schönes ethisches Prinzip, muß aber in der Politik einigem Bedenken begegnen, wenn man sich daran erinnert, daß Hunderte von Arbeitern die „aktiven Fehler“ der Eberlein und Genossen mit ihrem Blut und ihrer Existenz haben bezahlen müssen. Für die Experimente gewissenloser Disziplinanten, die kaltblütig die Arbeiter ins Verderben jagten und dann hinterher erklären, „wir haben uns leider geirrt“, ist die Arbeiterschaft doch zu schade. Wer solche Leute als Führer beibehält, der hat sie allerdings verdient.

Kleine politische Nachrichten.

Das Urteil im Speyerer Prozeß gegen die Ausschreitungen der Kommunisten in den Tagen nach dem Kapp-Putsch wurde gestern Abend nach dreitägiger Verhandlung gefällt. Unter Ablehnung der Bewährungsfrist wurde gegen zehn Angeklagte auf Gefängnisstrafen von vier bis zehn Monaten erkannt. Vier Angeklagte wurden freigesprochen.

In der Deutschen Volkspartei Bayerns machen sich neuerdings sehr starke Tendenzen bemerkbar, die auf einen Wiedereintritt der Partei in die Regierung abzielen.

Arbeiterflug in England. Bei der Erziehung in Southwark erhielt der Kandidat der Arbeiterpartei Rankin 6561 Stimmen, während auf den liberalen Kandidaten 2636 Stimmen entfielen. Der Arbeiterkandidat ist somit gewählt. Bei der letzten Wahl im Dezember 1913 erhielt die Koalition 7200 Stimmen, die Arbeiterpartei nur 2713 Stimmen. Das Resultat ist um so bemerkenswerter, als die Koalition durch das Abkommen mit Irland eine sehr günstige Wahlparole hatte.

Die italienische Kammer hat auf Vorschlag des Wahlprüfungsausschusses die Wahl des in Bogen gewählten Abg. Loagenburg, die von fascistischer Seite angezweifelt worden war, ohne Debatte für gültig erklärt.

Romantische Abende.

Konzert-Umschau von Kurt Singer.

Eine rührige Propaganda, eine hochbegabte Führerschaft und ein Troß von Nachfolgern versucht, die Musik aus Herz und Sinnen auszuschalten und ganz und gar auf den Kopf zu stellen; dieser Kopfstand kann, bei dauernder Einwirkung der ungelunden Vertikalen, zum Blutaustritt aus den lebenspendenden Gefäßen, zum Tod führen. Der Geist lagert sich in den Gehirnwindungen fest, spintiert, erfindet Theorien, Ideen, Richtungen; aber er windet sich ohne Ende und mit Qual, wenn das Herz nicht den Pendelrhythmus hergibt. Die Reaktion gegen die Musikstückerlei kann nicht ausbleiben. Es war gewiß keine gesunde und gesellhaftliche Abkehr von Beethoven, als die Gode und Mendelssohn den großen Ton in der deutschen Musik angaben; wie gerne aber kehrt man heute, bei der Obergelehrtheit der Produktion, wieder einmal bei den Romantikern ein, bei den Zeichnern seiner Wälder, bei den Reisern der Ständchen und Serenaden! Zweimal in der Woche wurde diese Reaktion wohl, bei einem neuen Werk von E. H. Reznicek und Eduard Morik.

Reznicek, der zeitgemäße Komponist des „Blaubart“, der Zeit vornehmende Einkonfer des „Sieger“ und „Schlemihl“, hat schon einmal in einer Suite bewußt alten Stil mit modernen Fingern angefaßt. Seine Grazie verläßt ihn nicht bei den Variationen über Chamisso's „Tragische Geschichte“. Die Jopffseite des Hauptthemas ist erwollt, alle musikalisch lustig gebrochenen Drehwendungen des Philisters nützen nichts; selbst wenn er sich erregt, und wenn er lustig wird und wohnsinnig, und wenn er sich gar auf den Kopf stellt — „den Kopf, den trägt er hinten“. Einmal wird das philiströse Thema selber geklopft, gespalten, zerstückelt, und ein ganz ernsthafter Trauergesang begleitet die Prozedur: das ist ein tragischer Witz, der wie das Parrenspiel (A. Variation) zu den besten Einfällen des meisterhaft gehandhabten Werks gehört. Freilich: es bleibt in der Entwicklungslinie Reznicek's eine Episode, ein Stillstand, und der gelungene Abschluß braucht gar nicht mehr zu beweisen, daß eine gemachte und scherzhaft erwollte Jopffigkeit zuweilen nach dem Wefel der Trägheit in eine wirkliche kleine Jopffigkeit übergehen kann.

Kein Stillstand, sondern ein schöner Aufstieg ist die „Nacht-Musik“ des jungen Eduard Morik, der seine ardueren Arbeiten mit der von Riffisch gespielten „Buclose“ spielerisch beononen hatte und jetzt ein Wohl von anspruchsvoller Gehaltigkeit dahinnusiziert. Mozart hat ja solche galanten, großzügigen, gemüthvollen Sätze nach-mußt genannt; man spräche besser von einer romantischen Suite, von Serenade, Sinfonietta. Die Stimmung dieser acht musikalischen Einfälle ist von Raune, Euphorie, nicht von Geistigkeit erfüllt. Jeder, mit der Madonnenmelodie angelehnt, die Orchesterlinien, überaus geschmackvoll der Farben-Indiz, der Kokos-Duft. Jeder Satz hat eine eigene, behagliche und großzügige Gangart, und jeder wird im Rahmen eines durchsichtigen Gartengitters abgegrenzt. Ungezwungen und mit selbstverständlicher Einigkeit wechseln Streicher und Bläser die Themen aus, scheiden sich, verschlingen sich Motive, unterbrechen fugierte Ab-

schnitte die Weichheit des Melos. Das Scherzo klingt wie der Vorwurf zu einem komischen Opern-Staff und das Rondo vereint alt-römische Tanzpose mit einer Mahlerschen Klaviermusik. Alles das ist technisch souverän gemacht und bedürfte nur einer feinen Kürzung; besonders nach einem Fugato erwartet man schnell einen Schluss, der im letzten Satz zu lange ausbleibt. Morik betreute sein Werk selber als Dirigent, ruhig, sachlich, ein bisschen unbewegt und langsam.

Am Rokoko würzelt auch Beethovens Klavierkonzert in C-Dur, das Edwin Fischer in der Philharmonie spielte. Im ersten Satz, der kaum Sonatenkraft hat, sucht er den großen Beethoven heraus-zuhören; vergebliche Mühe. Auch Titonen sind einmal in der Pubertät gewesen und haben ein melancholisches, aber unbedeutendes Madrigal gesungen, wie diese Vernehmung Chopins. Der erste Satz spricht und funkelt, Beethovenisch auch da, wo der lustige Musikant am Nil spazieren geht. Das brachte Fischer mit einem bezaubernden Witz und überlegener Eleganz heraus. Kurtwängler, der ihn bearbeitete, hatte vorher mit Handelskonzert 4-Moll für Streich-orchester und Solf (s. d. Bericht, Dahmen, Kropholler — lauter philharmonische Hossänder) den Beweis erbracht, daß er in seinen Aufgaben künstlerisch noch immer wächst. Dieses vorerwähnte, wunderdroll melodiöse und tiefe Werk spielte er ganz aus dem Herzen in unser Herz hinein.

Romantiker-Klänge aller Zeit (Schumann, Tschikowitsch) auch bei dem renommiertesten Berliner Trio: Raner, Wahr, Wittenberg, Grünfeld. Was soll man Neues über sie sagen? So wie sie das spielen, jeder ein Meister seines Faches, und alle drei Diener der Noten und Werte, darf es vorbildlich sein. Wir haben keine Besseren zu versenden. Sie hätten bei ihren ausverkauften Sonntagskonzerten die Macht, auch dem Fruchtbaren-Neuen Erfolg zu sichern. Wie wär's?

Ueber Menschenaffen sprach Prof. Hed am Mittwoch Abend in der Union. Welch reges Interesse allgemein für dieses Thema bekundet wird, bewies der starke Besuch des Vortrags. An Bekanntes anknüpfend und aus Eigenem gebend, sprach der Redner von den Menschenaffen im allgemeinen und von der Feuerstein-Station im besonderen. Lichtbilder wurden dabei die beste Unterstützung der Darlegungen.

Betrachtet man die Knochengestelle der Affen, so fällt, vom menschlichen Schönheitsstandpunkte aus gesehen, das Urteil stets zu ungunsten des Affen aus. Die Affenhand ist ganz und gar dem Kletterleben angepasst, der Affe erteilt durch Krümmung der vier Finger. Vom Gehirn ist zu berichten, daß es beim schwersten Gorillamann — und der kann auf 5 Zentner kommen — nicht mehr wiegt als das eines neugeborenen Menschen. Zudem fehlt den Affen das Sprachzentrum, und alle Theorien von einer Affensprache werden dadurch hinfällig. Die Abstammung des Menschenrassenfaches von den letzten Menschenaffen ist ein Ding der Unmöglichkeit, wohl aber erhebt sich eine Blutsverwandtschaft, zumal der Mensch nicht isoliert steht. Die Aeger halten die Menschenaffen für nicht sprechen wollende Menschen. Durch Veranschaulichung vieler Affencharakterköpfe lernten die Zuschauer den einzelnen Affen nicht mehr

als Tier seiner Gattung, sondern als Individuum betrachten. Prof. Hed sprach dann noch von Intelligenzprüfungen auf Grund des Freiheits- und Freiheitsbundes und stellte die Behauptung auf, daß die einzelnen Affen geistig verschieden begabt seien, was man aber auch bei anderen Tieren beobachten kann.

Der Unfuss des Notgeldsammelns. Die letzten Jahre haben einen neuen Sammelwert entwickelt, das Notgeldsammeln, gegen dessen Unfuss Renadier, der frühere Direktor des Berliner Münzkabinetts, jetzt im „Sammler“ sich äußert. Renadier berichtet da über die Entstehung dieses Sammelwertes. Es war im zweiten Kriegsjahre, als ein Sammler es für geraden erachtete, deutsche Notgeldscheine zu sammeln. Da aber viele Gemeinden und Unternehmer schon ordnungsgemäß dieses erste, allein wahrhaftige Notgeld eingestampft hatten, bemog er manche Ausgabestelle, für Sammlerzwecke noch dem alten Muster neue Scheine drucken oder auch schreiben zu lassen. Und er erwarb sie in ansehnlicher Zahl. Aber er ging noch weiter, indem er auf den Namen einer ihm nahelebenden Großhandlung einen neuen Notchein schuf, der zwar nie wirklich verwendet wurde, aber ein gelocktes Tauschobjekt abgab. Im beständigen Wachstum trat dann ein Notgeldhändler dem andern zur Seite, verleitete die Behörden, die Unternehmer zu Massenausgaben, nur um die Sammelwut zu befriedigen. Zuerst handelte es sich um einen wirtschaftlichen Geldverfall. Immer mehr aber verlor das Notgeld seinen Geldcharakter. Der Notgelddruck überschlug sich, und die Scheine verwilderten. Renadier verpichtete sie den Anblicksforten und den Liebhabern. Künstlerisch ist das allermeiste elender Müll. Die Regierung droht zwar schon seit einem halben Jahre mit einem Verbot, kann aber noch immer nicht zu einem tatkräftigen Entschluß kommen.

Dieselmotorschiffe für europäische Fahrt. Der Dieselmotor hat seit 10 Jahren vorwiegend oder beinahe ausschließlich für Schiffe Verwendung gefunden, die für überseeische Fahrt bestimmt waren. Man hat diesen Antrieb für die überseeische Fahrt vorwiegend deshalb verwendet, weil man in überseeischen Häfen zu billigen Preisen das Öl für die Motoren kaufen konnte. In der europäischen Fahrt wurde der Dieselmotor fast gar nicht verwendet, weil man hier zu teure Dieselpreise und zu billige Kohlenpreise hatte, weil außerdem für die hier gebräuchlichen Schiffsgößen die Verwendung nur eines Dieselmotors notwendig gewesen wäre, während man zunächst Motorschiffe hauptsächlich mit zwei Motoren baute. Neuerdings neht man aber in größerem Umfange dazu über, auch in der europäischen Fahrt den Dieselmotor zu verwenden, also kleinere Schiffe mit Dieselmotoren zu bauen. Motorschiffe mit Dieselmotoren anderen Systems sind ja auch in der europäischen Fahrt in großer Zahl vorhanden.

Musik. Am Sonntag 4 Uhr findet im Schiller-Saal eine Weber-Vorstellung statt.

Zum Veden der Seebach-Stiftung führt der Deutsche Bühnenklub am 7. Dezember als Nachmittagsvorstellung im Reuen Operntheater „An Verkettung“ von Heinz Gordan auf. In den Pausen werden erste Darsteller kleine Vorträge zu Gehör bringen.

Vorträge. Freitag 7/11, Uhr spielt im Monisterrunde (Noblenkaufplatz 47/48) Dr. Geyberg über: „Suggestion und Hypnose“.

Der Mädchenmord in Kleppelsdorf.

Hirschberg, 14. Dezember.

Bei der weiteren Vernehmung des Rechtsanwalts Reinecke-Hehne stellt der Staatsanwalt nach folgende Frage: Ist Ihnen bekannt, daß der Angeklagte vom Gefängnis aus noch immer mit der Generalvollmacht über das Vermögen der Frau Gruben verfügt? — Angekl.: Ja, muß man x = 0 setzen, sonst stimmt's nicht. — Staatsanw.: Das Vermögen der Frau Gruben soll doch 109 000 M. betragen haben. Wo ist das Geld? — Borf.: Weg! (Heiterkeit.) — Angekl.: Frau Gruben hat nichts gehabt. Die 109 000 M. in Wertpapieren gehörten meiner Frau und nicht Frau Gruben. Ueber dieses Geld hat meine Frau zum größten Teil verfügt oder es ausgegeben. — Borf.: Der Angeklagte hat diesen Standpunkt allerdings immer eingenommen. — Bankier Guldacker-Hehne: Am 18. September ist Frau Gruben in meinem Geschäft gewesen. Da ich nicht anwesend war, hinterließ sie, daß sie am Montag, den 20. September, wiederkommen wollte. Eine Woche nach dem Verschwinden der Frau Gruben ist der Angeklagte in großer Erregung zu mir gekommen und hat erzählt, daß seine Frau verschwunden sei und daß er sie in Berlin gesucht habe. — Amtsgerichtsrat Lemme aus Kellinghusen (wo Frau Gruben eine Zeitlang gelebt hat) stellt der kleinen Ursula ein ähnlich gutes Zeugnis aus wie die Anzeilehrerin. Ursula sei ein zartes Kind gewesen, habe kaum einen Kneifer helfen können. — Verteidiger Dr. Ablass: Haben Sie nicht eine Einrede gemacht, der Angeklagte habe sich viel mit Maurerarbeiten beschäftigt, und es sei die Vermutung aufgetaucht, daß er die Leiche seiner verschwundenen Frau eingemauert habe. — Zeuge: Ja, das sagen die Leute so.

Ein Schuß ins Kleppelsdorfer Herrenzimmer.

Der Vorsitzende teilt mit, daß in einem Schreiben behauptet wird, daß einmal durchs Fenster auf Dorothea Rohrbach geschossen worden sei. — Fräulein Zahn: Im Oktober 1919 — der Angeklagte war damals in Kleppelsdorf — wurde abends um 10 Uhr durch das offene Fenster des Herrenzimmers geschossen. Fräulein Dörte sah aber zwei Zimmer weiter und spielte Klavier. — Staatsanwalt: Der Fall ist schon in der Voruntersuchung bekannt geworden.

Hierauf wird der Anwalt Otto Roske-Ottensbittel wegen des Abtransportes eines Koffers der Frau Gruben vernommen.

Dienstmädchen Gniwatski macht Bekundungen über das Auffinden des in der Toilette gefundenen Abschiedsbriefes der Frau Gruben an Frau Eckert. Auf dem zerknüllten Briefentwurf haben auch die Worte gestanden: „Liebe Dörte, sei stets gut zu Deiner Großmutter.“ Die Zeugin hat auch bei dem Öffnen der Geldtasche durch Gruben mitgeholfen. — Dr. Bänz aus Hehne erklärt, daß zwischen Frau Gruben und ihren Kindern ein herzliches Verhältnis geherrscht hat. Um ihre Kinder war Frau Gruben sehr besorgt. Er hält es für ganz ausgeschlossen, daß sie ihre Kinder länger als höchstens 14 Tage hätte verlassen können. — Die nächste Zeugin, Frau Lucie Hoffner, macht Bekundungen über das Gelingen des Angeklagten.

Die Zeugin Gniwatski wird auf ihren Wunsch nochmals vernommen, weil sie in ihrer geistigen Aussage etwas vergessen habe. Das Verhältnis mit der Klätschen hatte der Angeklagte schon vor dem Verschwinden seiner Frau. Als Klätschen aber erfuhr, daß Gruben auch seinem Kinder mädchen Charlotte Müller die Ehe versprochen hatte, habe sie ihn zur Rede gestellt. Daraus sei es zu einer Auseinandersetzung zwischen Gruben und der Müller gekommen, wobei diese ihm um den Hals gefallen sei. Auch dies sei passiert, als Frau Gruben noch nicht weg war. Borf. (zum Angekl.): Nun, was sagen Sie zu diesen Dingen? Von der Charlotte Müller haben wir bisher überhaupt noch nichts gehört. Angekl.: Von diesen Vorgängen habe ich nichts bemerkt. (Heiterkeit bei den Zuhörern.) Borf. Dr. Ablass: Ist die Zeugin draußen im Hirt von anderen Zeugen auf die jetzt beklagten Vorgänge aufmerksam gemacht worden? Man kämpft hier anscheinend gegen dunkle Mächte. Borf.: Ich weiß nicht, wie wir Gespräche unter den Zeugen verhindern können. Ich bin aber bereit, die Zeugen darauf aufmerksam zu machen, daß sie möglichst wenig über diesen Fall untereinander sprechen. Dann wird Heinrich Gruben,

der Bruder des Angeklagten,

vernommen, der erklärt, von seinem Zeugnisverweigerungsrecht keinen Gebrauch machen zu wollen. Es wird ein Brief verlesen, den der Zeuge am 25. Oktober 1920 an den Angeklagten geschickt hat. In dem Briefe wird der Angeklagte von dem Zeugen aufgefordert, seinen Verpflichtungen gegenüber der Mutter nachzukommen, die er bei der Uebernahme des elterlichen Hauses übernommen hat. Ueber den Inhalt des Briefes selbst wird der Zeuge am Nachmittag ausführlich vernommen werden.

Hr. Westermann aus Hehne hatte den Eindruck, daß die ihr gut bekannte Frau Eckert stark unter dem Einfluß des Angeklagten stand. Bei Gruben war ein sehr unruhiger Haushalt durch die vielen Umzüge. Der Zeugin ist der Angeklagte unheimlich vorgekommen. Als Frau Gruben verschwunden war, hatte die Zeugin gleich Verdacht gegen den Angeklagten.

Frau Margarete Distel aus Kellinghusen war eine gute Freundin der Frau Gruben, die sie als tüchtige Hausfrau und gute Mutter schätzte. Sie hatte die Empfindung, daß die beiden Eheleute nicht zu einander paßten. Bei einem Besuch der Freundin widersprach der Angeklagte fortgesetzt seiner Frau, als wenn er sie reizen wollte. Von einer Amerikareise hat Frau Gruben nie gesprochen, im Gegenteil hatte sie erklärt, sie liehe sich Kleider machen, da sie im Winter 1921/22 in Gesellschaft gehen wollten. Die Zeugin hält es für unmöglich, daß Frau Gruben ihren Kindern etwas Unanständiges zugemutet hätte. Zeuge Schmidt-Ottensbittel: Gruben war mein Nachbar. Er sagte mir, er könne mal mein Schwiegerohn werden. Da habe ich ihm geantwortet: Dazu gehört erstens die Eheverbindung von ihrer Frau, zweitens die Jungfrau meiner Tochter, drittens Arbeit über Ihre Gegenwart und Zukunft. Gruben hat mir später im Vertrauen gesagt, daß keine Frau im Auslande sei; er hätte sie schon gesucht, aber nicht gefunden. Das Geld, das die Frau mitgenommen habe, könne er verschmerzen. Frau Gruben kann ich nichts Schlimmes nachsagen. Aber auch der Angeklagte ist in Ottensbittel gut bekannt.

Was Gruben für Geschäfte machte.

Frau Wolgast-Hamburg, eine frühere Verlobte des Angeklagten: Gruben hatte ein unruhiges Leben. Heute wollte er dies, morgen das. Einmal wollte er ein Aufschauelgeschäft errichten. Zu diesem Zweck hatte er sich mit der Uhr in der Hand vor eine Aufschauel gestellt, um Verkaufsstellen, wieweil der Besucher in zwei Minuten einnehme. Auch einen Wirtshaus wollte er anfangen. Er kaufte alle Räder durch Zeitungsinserate und verkaufte sie wieder. Von der Kleiderverwertungsbüro bezog er Kleider und veräußerte sie ebenfalls. Er sagte, er wolle den Doktor machen und eine Wisa laufen. — Borf.: Hatte er denn die Mittel dazu? — Zeugin: Er sagte, er bekäme Erwerbslosenunterstützung und habe bei den Eltern ein Sparkessbuch über 2000 M. Auch ein Pferdegeschäft hat er einmal gemacht, und als ihm kein Vater sagte, daß man dabei leicht hereinfallen könne, antwortete er: Da müßte ich nicht Peter Gruben heißen. Einen Revolver hatte er in der Schublade verwahrt. — Staatsanwalt: Wie kam denn der Angeklagte zu den Kleidern aus der Kleiderverwertungsbüro, das muß doch ein unlauteres Geschäft gewesen sein. — Zeugin: Unter solchen Angaben und mit Schokolade hat er in der Kleiderverwertungsbüro von der Verkäuferin bekommen, was man sonst nur gegen Bezugschein erhält. Eines Tages überfuhr er mich durch die Mitteilung, daß er sich mit Frau Gruben verlobt hätte. Da habe ich ihm den Ring zurückgegeben, und da er ihn nicht annehmen wollte, den Ring in die Tasche von seines Vaters Mantel gesteckt.

Groß-Berlin

Das Schicksal einer städtischen Steuer.

Am 19. Dezember tritt mit einer genau halbjährigen Verzögerung die 10prozentige Steuer für Autodroschken in Kraft, nachdem sie in der letzten Stadtverordnetenversammlung nun glücklich zum dritten Male, diesmal debattieren, angenommen werden. Diese Steuerordnung ist ein Musterbeispiel dafür, mit welchen Schwierigkeiten und Hemmnissen innerhalb der alten staatlichen Bureaucratie eine städtische Verwaltung heute noch zu kämpfen hat.

Die Steuerordnung ging den Stadtverordneten am 21. Mai zu und sollte zum 1. Juli in Kraft treten. Die voranschläglichen Erträge wurden dementsprechend in den Haushaltsplan eingestellt. Die Stadtverordnetenversammlung hat die Verordnung nach mannigfachen Hin und Her am 25. August glücklich verabschiedet. Der Oberpräsident genehmigte sie. Aber nun fehlte noch die Zustimmung des Finanzministeriums. Und unglücklicherweise war ja gerade am 26. August die Kommission zum Kommunalabgabengesetz in Kraft getreten. Statt nun die Steuer vorläufig zu genehmigen und der Stadt, deren finanzielle Schwierigkeiten doch auch dem Finanzministerium nicht ganz unbekannt sein sollten, die Erträge für das laufende Jahr zuzulassen zu lassen, hat man dort die Sache echt bürokratisch gründlich behandelt und gibt die Steuerordnung am 20. November (!) — nicht etwa genehmigt, sondern mit Abänderungsvorschlägen auf Grund des neuen Abgabengesetzes — zurück. Bei diesen Abänderungen handelt es sich lediglich um juristische Formalitäten, die durchweg so bahnbrechend wichtig sind, wie die geforderte Abänderung der Ueberschrift der Steuerordnung („Steuer für die Benutzung von Autodroschken“ statt „Steuer auf Kraftdroschken“).

Der Erfolg dieser Behandlung städtischer Steuervorschläge ist im vorliegenden Falle der, daß die Steuer erst am 8. Dezember beschlossen werden und am 19. Dezember in Kraft treten konnte. Welchen Einnahmeausfall das für die Stadt bedeutet, kann man ermessen, wenn man bedenkt, daß der Ertrag der Steuer auf 18 bis 18 Millionen jährlich veranschlagt war. Da dies nicht der erste Fall einer solchen Verschleppung städtischer Steuerordnungen durch die staatliche Bureaucratie ist (man denke z. B. an die Wohnungssteuer- und die Hausangestelltensteuer!), so wäre es interessant, einmal den gesamten Einnahmeausfall zu errechnen, der der Stadt durch unsere staatliche Bureaucratie schon erwachsen ist. Die Zahlen würden einen Gradmesser abgeben für die Fürsorge, deren sich die Finanzen des einst roten Berlins seitens der reaktionären Geheimräte in der staatlichen Verwaltung zu erfreuen haben.

Knappe Fischzufuhren.

Die Zufuhr an Fischen ist zurzeit, wie das Bild in der Rentalmarktstraße beweist, nur sehr gering. Namentlich sind Schellfische nicht gerade zahlreich vertreten. Die Preise sind sehr unterschiedlich und richten sich ganz nach der Beschaffenheit der Ware. Quappen kosten bei Abnahme größerer Mengen 8 M., sonst 10 M., Karpfen 15 M., Hechte 9 bis 14 M., Schleie 15 bis 16 M. und Schellfische bekommt man pro Pfund von 5,50 M. an. Für den billigsten Salabering muß man 60 Pf. ausgeben, während der gewerliche 2 M. kostet. Für einen geräucherter Hering muß man, falls man ein gutes Exemplar erwerben will, 2,25 M. bezahlen. Spratzen kosten 10 Pf.

Speck ist, je nach Qualität, in den verschiedenen Preislagen zu haben, z. B. von 51 M. an bis herunter zu 26 M. Sonst wird u. a. verlangt (pro Pfund) für Gutes 18 M., Gänse 29 M., Hühner 16 M., Keulen 22 M. und Kalbsfleisch 10 M. Ganz ansehnliche Käse kann man für 16 bis 14 M. haben, Margarine für 28 M., Wollwäcker für 7,50 M. und, was einige Hausfrauen für die Weihnachtsbäckerei interessieren wird, blauen Robb für 7,50 M.

Grünkohl essen viele erst, nachdem es anständig gefroren hat. Heute kostet dieser Kohl 1 M., Wirinalohl 2 M., Weißkohl 1,80 M. und Kohlrabi 1,30 M. Auf einigem Posten thronen ein paar Pfund Radishes. Für Zwiebeln muß man 1,70 M. und für Knoblauch 8 M. ausgeben. In einigen Ständen waren reiche Auslagen von Blumenkohl. Der billigste war für 1-2 M. zu erhaschen. Dabei handelte es sich zwar nur um ein paar unansehnliche Köpfe ohne jedes grüne Blatt, die aus einem dem Frost gekörnten Kopf herausgeschält waren. Vor der Kasse war ein reger Verkauf von Vorkäse. Zwei Händler machten sich große Konkurrenz, denn der eine verkaufte die Würste für 1,80 und der andere für 1,20 das Stück.

Betrogene Betrüger.

Ein Bahnpostwagendiebstahl, der kürzlich bei Torgau verübt worden ist, ist durch die Kriminalpolizei aufgeklärt worden. Ein Max Matthias, der ausschließlich bei einem Finanzamt tätig gewesen ist, hatte dort Unterschlagungen begangen. Die Entdeckung stand jedoch bevor und nun langerte er am Bahnhof umher, um zu beratschlagen, was er jetzt anfangen solle. So wurde er Zeuge einer Auseinandersetzung, die ein Reisender mit einem Postkassierer hatte, an dessen Wohnwagen er sich gestoßen hatte. Dabei erfuhr er durch die Ausreden des Kassierers, daß der Karren Geldbeutel enthielt. So gelang ihm, einen Beutel mit 47 000 Mark ungeschoren zu stehlen. Mit dem Gelde, fast nur kleine Scheine, stopfte er sich die ganzen Taschen voll und fuhr zu seinem in Torgau wohnenden Freund, einem Gustav Görlitz, der sich den größten Teil aushändigen ließ, weil er bei ihm sicher aufbewahrt sei. Nun steckte er 15 000 Mark in die Matrasse und mit dem anderen fuhr er beide auf Vorplatz des Görlitz nach Berlin. Görlitz ludte hier seinen Freund Max Karl, einen schon mehrfach vorbestraften Menschen auf, während Matthias zu Bekannten in Kurfürstendamm ging. Die Gesellschaft flüchtete sich dann vollständig neu ein und spielte die Kavaliere, besuchten die Witwenhilfe und andere Vergnügungstätten. Schließlich wurde der Dieb von seinen eigenen Genossen betrogen und er wandte sich an die Kriminalpolizei, die so den Burtschen auf die Spur kam. Matthias und Görlitz wurden festgenommen. Verschwunden aber war der Berliner Karl. Es konnte aber festgestellt werden, daß er das Geld einem Arbeitskollegen in dessen Arbeitsmittel eingeklebt und diesen dann wieder zurück in dessen Spind gehängt hatte. Dort wurden dann auch noch 15 000 Mark gefunden und beschlagnahmt. Das übrige Geld haben die Burtschen bis auf den letzten Pfennig durchgebracht.

Ein Nachspiel zu den Lichterberger Sparkassen-Angelegenheiten bildet ein Wortwechsel, der das Zivilgericht des Landgerichts III beklagte. Wegen gemeinschaftlichen Worfes waren der Dreher Walter Ritter und der Bergmann Gustav Wendler angeklagt. Die von Staatsanwaltschaft Dr. Wehnermann vertretene Anklage legt den bisher unbestrittenen Angeklagten zur Last, am 12. März 1919 während der Spazierfahrten in Lichterberg, den Johann Pionier an die Wand gestellt und erschossen zu haben, obwohl V. keinerlei strafbare Handlungen begangen hatte. — Bei Beginn der Verhandlung gaben die Rechtsanwälte Spä und Helmrich Schröder die Erklärung ab, daß sie gegen eine Verlesung der Protokolle über die Vernehmungen der nicht erschienenen Hauptzeugen Karl Herzog und Unteroffizier Lenz,

die Zeugenzeugen der Tat waren, protestieren müßten, da es bei der Schärfe der Anklage erforderlich sei, die Zeugen hier vor Gericht zu vernehmen. Staatsanw.-Rat Dr. Wehnermann teilte mit, daß er durch bringendes Telegramm an die Polizeidirektion beauftragt habe, den Zeugen Herzog zu ermitteln, von dort aber keine Antwort erhalten habe. Er müsse deshalb mit Rücksicht auf die Erklärung der Verteidiger die Verurteilung beantragen. Das Gericht gab diesem Antrag statt und verurteilte die Sache bis zur Ermittlung der Zeugen Herzog und Lenz.

Die Leiche eines Reichwehrgenossen vom 3. Infanterie-Regiment wurde in der Königsheide gefunden. Anscheinend liegt Selbstmord durch Erschießen vor.

Bei einem Wohnungsbrande ums Leben gekommen ist der Arbeiter Arthur Zehler in der Hiedomsir. 32. Seine Mutter erlitt schwere Brandwunden.

Jugendstatistikgruppe Guben. Der Vortrag des Genossen Peter über „Kunst und Sittlichkeit“ findet heute um 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Lindenstr. 3, statt.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Gelinder, aber merklich bewölkt, bei mäßigen südwestlichen bis westlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

Gewerkschaftsbewegung

Protest der Angestellten der Versorgungsdämter.

Eine stark besuchte Versammlung der Angestellten in den Versorgungsdämtern, vom JdM. einberufen, tagte am Mittwoch im großen Saal der Bodanraerei, um gegen die drohende Verunsicherung der Festlegung gerechterer Grundgebälter und Teuerungszuschläge Protest zu erheben.

Die beschließenden Forderungen sind von den freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen der Reichsregierung in einer Denkschrift (siehe „Vorwärts“ vom 6. Dezember) mit dem Verlangen überreicht worden, sie ab 1. Oktober zu bewilligen und noch vor Weihnachten zur Auszahlung zu bringen.

Ramin er führte in seinem Referat aus, daß von einem Beschluß der Regierung über die Forderungen bisher nichts bekannt geworden sei. Durch die Forderungen solle nur eine gerechte Ausgleichung zugunsten der unteren Gruppen vorgenommen werden. Der Redner kam nach Vorlegung der Dringlichkeit für eine schnelle Erledigung, die durch die Rettung der Angestellten und Beamten begründet sei, zu der Forderung, daß hier Kräfte gegen die Erfüllung wirkten, die ihren Einfluß mit Erfolg geltend machen. Dem Versuch,

Die Regelung bis in den Januar zu verschleppen.

sel entschieden entgegenzutreten, geschied, aus welchen Gründen er gemacht werden sollte. (Lebhafter Beifall.) Dem Referat folgte eine längere Aussprache, an der sich auch Schleimbäcker und Gerstenberger im Sinne des Referenten beteiligten.

Große Heiterkeit rief eine Mitteilung Schleimbäckers hervor, nach der eine umfangreiche Verfügung an etwa 177 Dienststellen erlassen wurde, die darüber belehren soll, wie die Beamten bzw. die oberen Beamten anzureden sind. Man werde hiernach nicht auf sonen können, daß es an Zeit fehle, für die Berechnung und Auszahlung der von den Angestellten angeforderten Beträge noch vor Weihnachten Sorge zu tragen.

Eine Erklärung Hirschkrans, der bisher agitatorisch für den JdM. wirkte, daß er aus dieser Vereinigung ausgetreten sei und sich der freigewerkschaftlichen Richtung zugewendet habe, wurde beifällig begrüßt. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Angestellten der Versorgungsbehörden Groß-Berlins und Brandenburg erheben gegen die Verschleppung der Teuerungserhöhungen schärfsten Protest. Sie beauftragen den Na-Bund und die verbündeten Organisationen, unbedingt darauf zu dringen, daß die Verhandlungen

nach vor Weihnachten

zum Abschluß kommen. Sie sind gewillt, dieser Forderung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zur Durchführung zu verhelfen. Die Angestellten, Arbeiter und Beamtenorganisationen werden aufgefordert, vor den äußersten Schritten nicht zurückzufahren.“

Weihnachtsunterstützung für Textilarbeiter.

Eine Extra-Arbeitslosenunterstützung zahlt der Deutsche Textilarbeiterverband, Verwaltung Berlin, am Sonnabend, vormittags von 9 bis 12 Uhr, im Verbandslokal, Andreasstr. 17, in folgender Höhe: Mittelalter mit eigenem Hausstand, welche seit dem 1. Dezember arbeitslos sind, erhalten 150 M., Mitglieder ohne eigenen Hausstand, welche seit dem 1. Dezember arbeitslos sind, erhalten 100 M. Auch die Ehrenmitglieder, welche mindestens 520 Beiträge geleistet haben und infolge Invaldität oder Alters erwerbsunfähig sind, erhalten dieselben Unterstützungssätze. Ertragsminderungen hierzu finden nicht statt, das Geld wird aus der Kassa genommen. Der Vorstand.

Lohnregelung der Kohlenarbeiter.

Die Lohnbewegung der Kohlenarbeiter hat nach Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß und weiteren Verhandlungen mit den Arbeitgebern zu folgendem Ergebnis geführt:

Ab 1. Dezember erhalten Vorkarbeiter 565 M., Kraftwagenfahrer (inkl. Anhalten der Wagen) 646,25 M., Arbeiter (ohne Vierdepflege) 640 M. Wochenlohn. Für achtstündige Erstarbe an Sonn- und Feiertagen werden 80 M. gezahlt. Wächter erhalten 490 M. wöchentlich. Arbeiter erhalten für eine Stunde 11,25 M., für Ueberstunden 14,50 M. Arbeiterinnen erhalten für eine Stunde 10 M., für Ueberstunden 13 M. Ausführl. Arbeiter erhalten 11,75 M.

Alle übrigen Arbeitnehmer erhalten ab 1. Dezember 1921 eine Lohnzulage von 170,40 Mark. Den ständigen Arbeitern, die nicht in Wochenlohn stehen, wird vom 1. Dezember 1921 ab für jeden gesetzlichen Wochentag eine Entschädigung in Höhe von zwei Drittel des Grundlohnes gewährt.

Einstündigen ständigen Arbeitnehmern wird eine einmalige Wirtschafthilfe gezahlt, pro Kopf 4,00 M. und für jedes unterhaltungsbedürftige Kind bis zu 16 Jahren 2,00 M. Als Erstattung gilt der 6. Dezember 1921. Die auf den Wochentagen beschäftigten Kohlenarbeiter erhalten für den Zentner (auf und ab) 1,10 M., für Ausführl. pro Zentner 80 Pf., für Einmalmeln 87 1/2 Pf.

Lohnabkommen im Friseurgewerbe.

Die Mindestlöhne werden ab 15. Dezember um 35 Proz. erhöht und betragen für Herrenfriseur 270 M., für Damenfriseur und Friseurinnen mit regelrechter Lehrzeit 283,50 M., für Friseurinnen ohne regelrechte Lehrzeit nach einer Tätigkeit als Gehilfen von einem Jahr 249,75 M., nach zwei Jahren 270 M. und nach drei Jahren 283,50 M.; für Haararbeiter und -arbeiterinnen 350 M., wenn qualifiziert 335 M., für Einrichter und Präparateur 415 M. und für Handpfeigerinnen 283,75 M. In Betrieben, in denen die Preise bereits vor dem erhöht wurden, sind die neuen Löhne vom Tage der Erhöhung an zu zahlen. — Diese Löhne sind nur verständlich, wenn man beachtet, daß das Friseurgewerbe noch nicht befreit ist und von den Arbeitgebern in die Löhne einkalkuliert ist. Außerdem werden verschiedentlich noch Prämien von den Bedienungseinnahmen gezahlt.

Wichtigste Beschlüsse für Teltow und Umgegend. Die nächste Vollversammlung der Arbeiter findet am 20. Dezember, abends 7 Uhr, bei Stadt, Erlow, statt. Erträge werden bestimmt etc. beschl.

Berlin: In der Stadt, Tell: Dr. Bernas, Pöster, Charlottenburg: für Arbeiter: H. Müller, Berlin: Verlag Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsanstalt u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 1.

Leineweber

Berlin C, Kölnischer Fischmarkt 4-6

Billige Preise! Grosse Auswahl!

Herren-Schlüpfer 875.-, 700.- 690.-
 Herren-Schlüpfer 1175.-, 1075.- 975.-
 Herren-Schlüpfer 1300.-, 1000.- 1300.-
 Herren - Paletots 1800.-, 1400.- 790.-
 Herren-Anzüge 1750.-, 1300.-, 700.- 345.-

Jünglings-Schlüpfer 450.-, 300.- 450.-
 Schul-Anzüge . . . 775.-, 675.- 490.-
 Jünglings-Anzüge 475.-, 350.- 325.-
 Jünglings-Anzüge 1000.-, 800.- 730.-
 Jünglings-Breeches 275.-, 175.- 120.-

Sportpelze und Gehpelze
 preiswert fertig am Lager

Sonntag,
 den 18. Dezbr.
 geöffnet
 von
 1-6 Uhr

Sonntag,
 den 18. Dezbr.
 geöffnet
 von
 1-6 Uhr

Morgenjoppen u. Schlafrocke
 mollige Flauschatoffe, hübsche Formen

Knaben-Schlüpfer 700.-, 500.-, 440.- 260.-
 Schlupf-Anzüge . . . 400.-, 310.- 160.-
 Jacken-Anzüge . . . 420.-, 320.- 130.-
 Knaben-Hosen . . . 140.-, 80.- 36.-
 Knaben-Rodelgarnituren
 reine Wolle 725.-, 575.- 490.-

Krawatten, Shawls in Wolle u. Seide,
 Handschuhe, Hüte, Sportmützen,
 Westen, Oberhemden, Unterwäsche
 in Wolle und Makk, Nachthemden,
 Hosenträger, Strümpfe, Wickel-
 Gamaschen, Leder-Gamaschen

Geppbeden
 große Auswahl
 preiswert
 B. Strahmsdal
 H. Markt 72, Spittel-
 markt, nur die Geppbeden
 und Mittelbürger Platz 2.
 Alle Geppbeden werden
 aufgeführt.

**Krause
 Pianos
 zur
 Miete**
 Ambacher Str. 1,
 Ecke Kurfürstentor.

Der deutsche Weinbrand

EGON BRAUN AUSLESE

Weinbrennereien Hamburg

Gurkofix
 feinst. Gurkensalat
 Überall erhältlich!
 Carl Timmer, Essig-, Mostsch-
 Berlin, Büschings r. 6

Wichtig für alle u. besond. heute ist
 die Sicherung d. Zu-
 kunft der Familie u. die Vorfrage für das
 Alter durch den Abchluss einer Lebensverf.
 Wähen Sie daher umgehend Ihre Anträge an
 Karlsruher Lebensversicherung a. G.
 Hauptverwaltung Geoh-Berlin
 Berlin W 50, Gieselerstr. 6

Festgeschenke

Kleider
 in Wolle, Seide, Tüll usw.
 135.-, 195.-, 265.- bis 2200.- M.

Blusen und Jumper
 in Wolle, Seide, Trikot usw.
 45.-, 49.-, 65.-, 79.-, 85.- bis 590.- M.

Schlüpfer und Mäntel
 in den verschiedensten gemusterten und einfar-
 bigen Stoffen, darunter entzückende Modelle:
 198.-, 235.-, 295.-, 375.- bis 2300.- M.

Schwarze Mäntel
 in Tsch., Astrachan,
 Velour du Nord, Woll-
 plüsch, Ural, Sealplüsch
 495.-, 675.-, 850.-
 bis 4500.- M.

**Jugendlicher
 Mantel**
 aus kräftigen
 Winterstoffen mit
 zwelfarbigem
 Kragen in
 allen Farben
 offen u. geschlossen
 zu tragen M. 235.-

Flotter Mantel
 in fecher Aufmachung
 mit liebhafter
 Frotteistrickelei
 offen u. geschlossen zu tragen

**Fesches
 Cheviot-Kleid**
 in marins. grün, rot usw.
 mit andersfarb. 295.-
 Kurbel. . . M.

**Vornehmes
 Kammgarn-Kleid**
 in verschiedenen Farben
 mit andersfarbiger Waste
 und Manschetten, auch
 geschlossen zu
 tragen . . . M. 395.-

Siegmund
Eisenstaedt

295.-
395.-

IM OSTEN:
 Frankfurter Allee 72
 Nähe Ringbahn

IM WESTEN:
 SCHÖNEBERG, Haupt-Str. 154
 Nähe Potsdamer Straße